



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie*

---

**2012/2016 (BUD)**

1.6.2012

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Haushaltsausschuss

zum Mandat für den Trilog zum Entwurf des Haushaltsplans 2013  
(2012/2016(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Reinhard Bütikofer

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. glaubt, dass der Haushalt der EU auf diejenigen politischen Maßnahmen und Programme der EU konzentriert werden sollte, die einen substantiellen Beitrag zur Wiederbelebung nachhaltigen Wachstums in der EU leisten könnten und sich mit größeren gesellschaftlichen Herausforderungen befassen;
2. unterstreicht die Bedeutung langfristiger Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI) und der Sicherstellung eines geeigneten Finanzierungsniveaus im Jahr 2013 für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen, umweltfreundlichen Wirtschaft;
3. vertritt die Auffassung, dass es Maßnahmen zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarf;
4. erinnert daran, dass der Haushaltsplan der Europäischen Union ein wichtiges Instrument zur Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen Generation sowie zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist; ist davon überzeugt, dass der EU-Haushalt ein Synergiepotenzial für die Umsetzung einer Politik darstellt, die von den Mitgliedstaaten allein nicht durchgeführt werden könnte; fordert, dass bestehende EU-Mittel dadurch optimal eingesetzt werden, dass man sich auf EU-Mehrwert, auf einen stärkeren wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt sowie auf effektive Straffung und Hebelwirkungen konzentriert;
5. hat Verständnis für die Bedenken des Rates hinsichtlich wirtschaftlicher und haushaltsrechtlicher Probleme auf nationaler Ebene als Ergebnis der weltweiten Krise, die dem Wirtschaftswachstum und der Finanzstabilität der Mitgliedstaaten geschadet sowie ihre Verschuldungslage verschlimmert hat, glaubt aber, dass im Jahr 2013 Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität und zur Ankurbelung nachhaltigen Wachstums und nachhaltiger Beschäftigung ergriffen werden müssen, um einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung zu erreichen;
6. betont, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten dahingehend tätig werden müssen, dass durch die Entwicklung ökoeffizienter Industrien, einer ökologischen und effizienten Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie moderner und innovativer Dienstleistungen neue hochwertige und nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden;
7. erinnert daran, dass der Jahreshaushaltsplan der Europäischen Union mit seiner Hebelwirkung die politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten für einen Wiederaufschwung unterstützen muss, und erkennt die Notwendigkeit an, die Finanzierung zu stärken und abzustimmen, um die Strategie „Europa 2020“ für Wachstum und Beschäftigung umzusetzen und an sie angepasst zu werden; ist weiterhin der Auffassung, dass die Obergrenzen der Rubrik 1a für den derzeitigen Finanzrahmen nicht ausreichen, um die vorrangigen Politikbereiche der EU abzudecken; begrüßt den vorgeschlagenen Anstieg der Ausgaben für nachhaltiges Wachstum, insbesondere das Siebte Forschungsrahmenprogramm und das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit

und Innovation (CIP); betont, dass der Umsetzung der Haushaltsprioritäten des Parlaments der vergangenen Jahre in den Bereichen Industriepolitik, Forschung und Energie besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss;

8. glaubt insofern, dass man den Schwerpunkt stärker auf Realisierungsprojekte innerhalb der Finanzierung von Forschung und Innovation legen sollte, um die Lücke zwischen Forschungsergebnissen und Kommerzialisierung zu schließen, wodurch die europäische Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt werden könnte;
9. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass für die Erforschung und Entwicklung von GNSS-spezifischen Anwendungen und Dienstleistungen im Jahr 2013 Mittel in angemessener Höhe bereitgestellt werden;
10. betont die zentrale Rolle, die künftige EU-Leitprogramme, wie etwa Horizont 2020, COSME und die Fazilität „Connecting Europe“, für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung der EU spielen können, wenn sie mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden; meint, dass der Haushaltsplan 2013 für einen sanften Übergang zur Einrichtung dieser neuen Programme sorgen sollte; fordert, substantielle Ressourcen in Synergie mit der Kohäsionspolitik zu mobilisieren, um der Nachhaltigkeit der europäischen Wirtschaft als einem entscheidenden Motor für künftige Wettbewerbsfähigkeit, industrielle Entwicklung und Widerstandsfähigkeit neue Impulse zu geben;
11. hebt die Bedeutung von politischen Unterstützungsmaßnahmen der EU für Medienpluralismus hervor, insbesondere über Tätigkeiten in den Bereichen Forschung, Bildung und Verbreitung; betont die wertvolle Rolle, die das neu eingerichtete Zentrum für Medienpluralismus und -freiheit spielen kann;
12. macht auf die Tatsache aufmerksam, dass 85 % der neuen Arbeitsplätze in der EU zwischen 2002 und 2010 von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)<sup>1</sup> geschaffen wurden; fordert verstärkte politische Unterstützungsmaßnahmen, Programme und Ressourcen der EU, die bereitgestellt werden sollten, um KMU dabei zu unterstützen, in vollem Umfang ihr Wachstumspotenzial auszuschöpfen, d. h. dadurch, dass KMU die Teilnahme am öffentlichen Auftragswesen erleichtert, für Investitionen in Innovation gesorgt, Neugründungen unterstützt, ein Beitrag zum Abbau von Verwaltungslasten geleistet, unternehmerisches Denken gestärkt sowie der Zugang zu Finanzmitteln, einschließlich des Zugangs zu Risikokapital, erleichtert und vereinfacht wird; begrüßt die verstärkte Zuteilung für das Programm für unternehmerische Initiative und Innovation, das die Innovation in KMU unterstützt; bedauert allerdings, dass in dem Kommissionsvorschlag keine vollständige Umsetzung des Programms „Intelligente Energie – Europa“ vorgesehen ist;
13. erinnert die Kommission daran, dass eine stärkere Fokussierung und Finanzierung derjenigen Programme nötig ist, durch die die Ziele des „Small Business Act“ erreicht werden sollen, in dem ein Paket von 10 Grundsätzen festgelegt wurde, um ein für KMU

---

<sup>1</sup> Mitteilung der Kommission vom 25. Juni 2008 an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Vorfahrt für KMU in Europa – Der ‚Small Business Act‘ für Europa“, COM(2008)394).

günstigeres Geschäftsumfeld sicherzustellen;

14. beglückwünscht die Kommission zum Erfolg der „Preparatory Action Erasmus for Young Entrepreneurs“ und begrüßt die Entscheidung, das Programm in das CIP zu integrieren; bedauert aber, dass eine Ausweitung des Programms durch die geringe finanzielle Dotierung behindert wird und interessierte und qualifizierte Partner deswegen zurückgewiesen werden; fordert die Kommission daher auf, die Finanzmittel für ein ausreichendes Wachstum des Programms in 2012 und 2013 bereitzustellen;
15. ist sich darüber im Klaren, dass verhindert werden muss, dass KMU ihre Investitionen kürzen, insbesondere in Forschung und Entwicklung; glaubt, dass eine Stärkung der Unterstützung von KMU und Infrastruktur durch die Europäische Investitionsbank (EIB) eine Hauptpriorität sein sollte und dass deshalb diese finanziellen Unterstützungsleistungen möglichst weit gehend von KMU in Anspruch genommen werden müssen;
16. unterstützt uneingeschränkt das Pilotprojekt „Projektanleiheninitiative“, durch das private Ersparnisse mobilisiert werden sollen und die Bandbreite von Finanzinstrumenten, die für Infrastrukturprojekte in Energie, Verkehr und IKT zur Verfügung stehen, verbessert werden soll; betont, dass die Nachhaltigkeitskriterien der EIB in angemessener Weise gleichberechtigt mit den Finanzkriterien eingesetzt werden müssen;
17. fordert die Schaffung konkreter Finanzinstrumente zur Unterstützung der Initiativen des Europäischen Investitionsfonds (EIF) zum Aufbau einer europäischen Finanzierungsinfrastruktur für soziales Unternehmertum, um diesen Bereich als einen Wirtschaftssektor in Europa zu etablieren, der anderen Wirtschaftssektoren gleichwertig ist;
18. erinnert daran, dass etwa 1 Billion EUR<sup>1</sup> in unser Energiesystem bis 2020 investiert werden muss, um die politischen Ziele der Union in den Bereichen Energie und Klima zu erreichen, und dass es eine Finanzierungslücke von etwa 100 Milliarden EUR für Energieübertragungsnetze gibt;
19. bedauert die Tatsache, dass Initiativen, die auf die Stärkung der gemeinsamen Kernziele der EU abzielen, nicht ausreichend mit Finanzmitteln ausgestattet werden und dass der SET-Plan immer noch keine ausreichenden Mittel erhalten hat, obwohl das Parlament dies ständig fordert;
20. vertritt die Auffassung, dass die EU Investitionen tätigen muss, um den europäischen Zugang zum Weltraum und zu Weltrauminfrastrukturen zu gewährleisten;
21. erinnert daran, dass 2013 das letzte Jahr des laufenden Programmplanungszeitraums sein wird, und hat Bedenken gegen mögliche Kürzungen bei der Höhe der Zahlungsermächtigungen; betont, dass die Zusagen der EU zu laufenden Projekten unbedingt eingehalten werden müssen, und unterstützt die vorgeschlagene Erhöhung der Ansätze bei den Zahlungen, die die Kommission in ihrem Haushaltsentwurf vorgelegt hat;

---

<sup>1</sup> Energieinfrastrukturprioritäten bis 2020 und danach – ein Konzept für ein integriertes europäisches Energienetz, COM(2010) 677 endg.

22. begrüßt, dass eine Einigung über die Finanzierung der zusätzlichen Kosten von ITER im Dezember 2011 erreicht wurde, ist aber der Auffassung, dass die Bereitstellung des Betrags von 360 Millionen EUR im Haushaltsplan 2013 nicht die erfolgreiche Umsetzung anderer EU-Politiken infrage stellen sollte, insbesondere derjenigen, die zur Erreichung der Ziele der Strategie EU 2020 während dieses letzten Jahres des Programmplanungszeitraums beitragen, und lehnt speziell jede Umschichtung ab, die gegen diese Haushaltspriorität verstößt.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	31.5.2012
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:                 50 -:                 0 0:                 7
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Gabriele Albertini, Amelia Andersdotter, Josefa Andrés Barea, Jean-Pierre Audy, Zigmantas Balčytis, Ivo Belet, Jan Březina, Reinhard Bütikofer, Giles Chichester, Jürgen Creutzmann, Pilar del Castillo Vera, Dimitrios Droutsas, Christian Ehler, Vicky Ford, Gaston Franco, Adam Gierek, Norbert Glante, András Gyürk, Fiona Hall, Edit Herczog, Kent Johansson, Romana Jordan, Krišjānis Kariņš, Lena Kolarska-Bobińska, Marisa Matias, Angelika Niebler, Jaroslav Paška, Vittorio Prodi, Miloslav Ransdorf, Herbert Reul, Teresa Riera Madurell, Jens Rohde, Paul Rübig, Salvador Sedó i Alabart, Francisco Sosa Wagner, Patrizia Toia, Ioannis A. Tsoukalas, Claude Turmes, Marita Ulvskog, Vladimir Urutchev, Adina-Ioana Vălean, Kathleen Van Brempt, Alejo Vidal-Quadras, Henri Weber
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Maria Badia i Cutchet, Ioan Enciu, Françoise Grossetête, Satu Hassi, Roger Helmer, Jolanta Emilia Hibner, Ivailo Kalfin, Seán Kelly, Eija-Riitta Korhola, Holger Kraemer, Zofija Mazej Kukovič, Vladimír Remek
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)</b>	Franziska Keller